Kneidl, Kerstin

Von:	Reiner Gollenstede <r.gollenstede@t-online.de>
Gesendet:	Montag, 18. Juni 2018 12:20
An:	Kneidl, Kerstin; Kurz, Michael
Cc:	Markus Minten; Nordwestzeitung Brake; Kreiszeitung; gabriele.gohritz@kreiszeitung-wesermarsch.de
Betreff:	Resolution Deponie Käseburg - gemeinsamer Antrag WGB-FDP und GRÜNE
Anlagen:	Käseburg16.6..pdf; ATT00001.txt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
lieber Herr Kurz,

die Gruppe WGB-FDP und die Fraktion DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Brake beantragen für die morgige Ratssitzung für den Tagesordnungspunkt "Resolution Käseburg" die angehängte Ergänzung. Wir können uns vorstellen, der von der Verwaltung vorgelegten Resolution zuzustimmen, wenn ergänzt wird, dass die aktuell politisch Verantwortlichen das geltende Recht so verändern, dass die Lagerung jeglichen radioaktiv belasteten Materials nur in eigens dafür errichteten Lagerstätten zulässig ist. SPD und CDU wären in der Lage mittels einer Bundesratsinitiative den Anstoß dafür zu geben. Die Fraktionen im Landkreis Cuxhaven haben gerade eine entsprechende Resolution einstimmig (allerdings ohne Zustimmung der AFD) vorbeugend beschlossen, damit kein Rückbaumaterial aus Kleinensiel in unserer Nachbargemeinde Hagen (Driftsethe) landet.

Bundesweit stehen 23 Rückbaugenehmigung von KKW an, acht sind noch am Netz. Die Regierung Merkel hat es 2011 versäumt, ein Rückbaukonzept zu entwickeln und lässt die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nun alleine. Das muss nachgebessert werden.

Einbringung „freigemessener“ Rückbaumaterialien aus dem KKU auf die Deponie Käseburg (Resolution)

gemeinsamer Änderungsantrag der WGB-FDP Gruppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ratssitzung am 19.Juni 2018

1. Der Rat der Stadt Brake lehnt die Annahme von „freigemessenem“ Material aus dem Rückbau des Kernkraftwerkes Unterweser auf der Deponie Käseburg ab. Eine Einlagerung widerspricht den berechtigten Interessen der Anlieger und schädigt den Wohnstandort im Braker Süden.
2. Der Rat der Stadt Brake fordert die zuständigen Gesetz- und Verordnungsgeber auf, das geltende Recht so zu ändern, dass die Lagerung jeglichen radioaktiv belasteten Materials nur noch in eigens dafür errichteten Lagerstätten zulässig ist. Die aktuell noch bestehende Sonderregelung, wonach schwach radioaktiv belastete Abfälle bei Einhaltung bestimmter Richtwerte durch Freimessung in die Verantwortung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (hier der Landkreis Wesermarsch) übergehen und damit dauerhaft auf herkömmlichen Hausmüll-Deponien gelagert werden müssen, ist ersatzlos zu streichen. Der Rat der Stadt Brake erwartet, dass der niedersächsische Umweltminister Lies eine Bundesratsinitiative anstößt, um eine Zentraldeponie für ansonsten „freizumessende“ radioaktive Abfallstoffe zu schaffen, da dieses Problem alle aktuell und zukünftig zurück zubauenden Kernkraftwerke betrifft. Bundesumweltministerin Schulze ist aufgefordert, diese Initiative im Sinne dieser Resolution zu unterstützen.
3. Der Landkreis Wesermarsch und seine Gremien bleiben aufgefordert, ebenfalls im Sinne dieses Beschlusses tätig zu werden.

Reiner Gollenstede

Hans-Otto Meyer Ott